



NIEDERSCHRIFT

29. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Weiterstadt

Legislaturperiode IX 2011/2016

am	9. Oktober 2014
im	Rathaus, Riedbahnstraße 6, Sitzungsraum Verneuil sur Seine
Beginn	21:00 Uhr
Ende	21:30 Uhr

Anwesende:

SPD-Fraktion

Fischer, Wilhelm
Gürkan, Benjamin
Hofmann, Heike
Koch, Alexander

CDU-Fraktion

Köhler, Lutz

ALW-Fraktion

Hamm, Udo Dr.
Petri, Heinz-Ludwig

FWW-Fraktion

Moczygemba, Eugen

Präsidium

Stadtverordnetenversammlung

Dittrich, Manfred
Pohl, Barbara Dr.

Magistrat

Mager, Philipp
Möller, Ralf
Röhrig, Reinhold

Ausländerbeirat

Didonna Schnellbacher, Maria

Schriftführung

Lachnit, Wolfgang

Verwaltung

Wigand, Klaus
Zettel, Annette

Presse

Darmstädter Echo: Dr. Marc Wickel

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Wilhelm Fischer, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladungen fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen sind (§§ 56 und 58 HGO), die Sitzung öffentlich bekannt gemacht wurde (§ 58 HGO) und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

	Drucksache
1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 11.09.2014	
2. Erste Änderungssatzung zur Friedhofsordnung	IX/0773/5
3. Inanspruchnahme eines Investitionsfondsdarlehens aus dem Hess. Investitionsfonds Abt. B für die Baumaßnahme Bürgerhaus Braunshardt	IX/0870/1
4. Vereinbarung mit dem Landkreis zur interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich des Auftrags- und Beschaffungswesen	IX/0882/1

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 11.09.2014

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht erhoben. Die Niederschrift gilt als festgestellt.

Tagesordnungspunkt 2
Erste Änderungssatzung zur Friedhofsordnung
Drucksache: IX/0773/5

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 18.09.2014 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Im Zuge der eingehenden Aussprache sagt Bürgermeister Möller den Anwesenden zu, die Frage des Hausrechts bei Trauerfeiern abschließend zu klären und mit den Seelsorgern der evangelischen Kirchengemeinden, Frau Bachinger und Herrn Stiller, ein Gespräch über die Zulassung von Hunden bei Trauerfeiern zu führen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Der Magistrat wird beauftragt, mit den evangelischen Kirchengemeinden ein Gespräch bezüglich der Durchführung von Trauerfeiern zu führen und über das Ergebnis dem Haupt- und Finanzausschuss zu berichten.

Bis dahin verbleibt die Vorlage im Ausschuss.

Abstimmungsergebnis:

7	Ja-Stimmen	(1 CDU, 1 FWW, 1 ALW, 4 SPD)
1	Enthaltung	(1 ALW)

Tagesordnungspunkt 3
Inanspruchnahme eines Investitionsfondsdarlehens aus dem Hess. Investitionsfonds Abt. B für die Baumaßnahme Bürgerhaus Braunshardt
Drucksache: IX/0870/1

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 18.09.2014 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Fragen der Anwesenden beantwortet Bürgermeister Möller.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

1. Das mit Schreiben der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen vom 21.07.2014 gewährte Darlehen mit Ansparverpflichtung aus dem Hess. Investitionsfonds Abt. B über 1.000.000,00€ für den Bau des Bürgerhauses Braunshardt wird angenommen.
2. Der Anspar- und Darlehensvertrag wird mit der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen abgeschlossen.
3. Die Bereitstellung des Mittelbedarfs für die Ansparverpflichtung in Höhe von 20% der Vertragssumme = 200.000,00 € (acht Halbjahresraten á 2,5%) die im Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014 in Höhe von 50.000,00 € nicht eingeplant wurden, erfolgt nach § 100 HGO außerplanmäßig. In den Wirtschaftsplänen der Wirtschaftsjahre 2015 bis 2017 ist der Mittelbedarf entsprechend einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Tagesordnungspunkt 4
Vereinbarung mit dem Landkreis zur interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich des
Auftrags- und Beschaffungswesen
Drucksache: IX/0882/1

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 18.09.2014 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Fragen der Anwesenden beantwortet Bürgermeister Möller.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende
Beschlussfassung:

Mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg wird eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung, über die Wahrnehmung von Aufgaben des Auftrags- und Vergabewesens und der Submission im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Wilhelm Fischer
Vorsitzender

Wolfgang Lachnit
Schriftführung